1806 – als Bayern unter die Königskrone kam

Teil III: Der Umbruch – die Neuerungen

Das neue Bayern von 1806 - das Königreich

Es war gebietsmäßig auf die doppelte Größe angewachsen. Die Größe des Staates umfasste nun 758 000 Quadratkilometer. (siehe Gem.Bl.2006/6) Die Bevölkerung war von 1,8 Mill. auf 3,7 Mill. angewachsen. Die Zusammenfügung der alten Gebiete mit den neuen – meist von unterschiedlicher geschichtlicher Prägung – zu einem einheitlichen Staatsgebilde, erforderte Reformen. Diese waren oft von einschneidender Prägung für Regierung und Verwaltung, für die Finanzgestaltung, in den Grundrechten, in der Staatsverfassung, für die Justiz, für das Wirtschafts- im Militär- und Sozialwesen.

Dass sämtliche Neuerungen unter der geistigen und federführenden Regie von Graf Montgelas geschahen, darauf wurde bereits hingewiesen.

Die Reform der Verwaltung

Die Neuerungen auf dem Gebiet der Verwaltung bildeten die Grundlagen, eigentlich den zentralen Punkt der Montgelas'schen Reformen. Bereits im Ansbacher Memoire von 1796 brachte er Gedanken zur Neufassung der Ministerien: Er kritisierte die Organisation mit den mehr oder weniger nur repräsentierenden Ministern. Er forderte dafür gebildete Juristen. Weiter bemängelte er die unzulängliche Abgrenzung der Kompetenzen. Seiner Vorstellung entsprach eine klare Trennung der Aufgabenbereiche.

Das Innenministerium

Montgelas baute dieses Ministerium auf, das nunmehr die geistlichen Angelegenheiten, das Polizei- und Medizinalwesen, das Ingenieurwesen, sowie die Stiftungs- und Kommunalverwaltungsangelegenheiten umfasste. Damit war zwar den Städten, Märkten und Landgemeinden eine behördliche Rückendeckung gegeben, aber der Verlust der finanziellen Unabhängigkeit brachte neue Schwierigkeiten. Montgelas selbst übernahm dieses Ministerium. Er folgte damit dem Vorbild des franz. „ministre de l'intérieur“.

(In Preußen wurde erst 1809 ein Innenministerium eingerichtet.)

Das neue Berufsbeamtentum

Der bisherige, vollkommen unzulängliche Beamtenapparat musste dringend reformiert werden. Das Berufsbeamtentum mit seinen Pflichten und Rechten, war bereits am 1.1.1805 eingeführt worden. Damit war eine wichtige Grundvoraussetzung für die Neufassung des gesamten Staatswesens für die Durchführung des Staatsabsolutismus im neuen Königreich gegeben. Im Zuge der notwendigen Schnelligkeit des Umbaus des Beamtenapparates musste freilich auf der unteren Ebene das zum Teil noch analphabetische Personal übernommen werden. Das konnte vielfach die im sperrigen Juristendeutsch gehaltenen Gesetze und Verordnungen weder verstehen, noch durchführen. Die Fülle der Vorschriften und neuen Instruktionen wirkte überfordernd. So gab es allein für das Rechnungswesen zwischen 1800 und 1817 über 7 000 Verordnungen.

Die Gemeine Staatskonferenz

Sie bestand zwar nach wie vor. Die Protokolle zeigen aber, dass ab 1804 und im „Königsjahr 1806“ keine Sitzungen mehr abgehalten wurden. Die Sitzung vom 8.6.1807 galt der katastrophalen Finanzsituation. Montgelas gelang es, den König zu bewegen, die Ständeversammlung aufzuheben und eine neue Konstitution für das gesamte Bayern einzuführen.

Der Geheime Rat

Dem Aufbau der Ministerialbürokratie galt das Edikt vom 4.6.1806, das die Institution des Geheimen Rates betraf. Dieser hatte allerdings nur beratende Funktion. Er

bestand aus dem König, dem Kronprinzen und den Ministern. Acht bis zwölf vom König ernannte Geheime Räte kamen hinzu. Die Aufgabe dieser Institution war es, alle Gesetze und Verordnungen zu beraten, die Haushalts- und Finanzgesetze zu diskutieren und ihre sprachliche Endfassung vorzunehmen. Außerdem übte er die Funktion eines Verwaltungsgerichtshofes aus. Der Geheime Rat tagte fast wöchentlich. Um taktisch vorgehen zu können, besprach sich Montgelas aber stets vor den Sitzungen mit dem Monarchen.

Die Benennung der Kreise

Die Verordnung vom 24.6.1808 betraf die territoriale Einteilung des Gebietes des Königreiches Bayern. Sie zeigt deutlich den Einfluss des franz. Vorbildes: Die Benennung der Kreise - der späteren Regierungsbezirke - mit Namen von Flüssen. (siehe Gem. Bl. 2002/4)

Es wurden 15 Kreise gebildet und mit Flussnamen bezeichnet. Reduzierungen der Kreiseinteilung fanden 1810 und 1817 statt.

Die Kreiseinteilungen von 1808 waren zum Teil künstliche Schöpfungen: Die Benennung mit Flussnamen hatte oftmals keine zwingende Logik.

Unser Kreis, der sog. Isarkreis umfasste 14 Landgerichte: Dachau, Erding, Freising, Landshut, Miesbach, Moosburg, München, Pfaffenhofen, Schwaben, Starnberg, Tölz, Weilheim, Werdenfels, Wolfratshausen. Seit 1809 Landshut und München als Städte. Diese Einteilung und die Benennung der Kreise mit Flussnamen blieben bis zur Reform von 1838 bestehen. Anstelle der nach franz. Vorbild verwendeten Fluss-Bezeichnungen traten die Namen, die heute noch unsere Regierungsbezirke haben.

Die Verwaltung der Städte, Märkte und Landgemeinden

Die Edikte vom 18.7.1808 und 24.9.1808 befassten sich mit Verwaltungsregelungen. In Bayern war die Selbstverwaltung der Städte, Märkte und Landgemeinden seit mehr als einem Jahrhundert nahezu unkontrolliert. Das gleiche gilt für die neuen Territorien. Daher waren Reformen dringend notwendig. Die Festsetzung der neuen Steuerdisdikte machte große Schwierigkeiten. Der teilweise Fortbestand der Grundherrschaften erwies sich als großes Hindernis. Durch die genannten Edikte wurden die Städte, Märkte und Landgemeinden zu Teilen der Staatsverwaltung. Alle ihre Maßnahmen unterstanden nunmehr der Aufsicht der staatlichen Behörden. Erheblichen Widerspruch in der Bevölkerung erzeugte die Tatsache, dass die Gemeinden über ihr Vermögen nicht mehr selbständig verfügen konnten. Für die Inanspruchnahme des eigenen Vermögens musste die staatliche Genehmigung eingeholt werden. Wegen der Unmöglichkeit, schnell an das eigene Geld zu kommen, gerieten viele Gemeinden oftmals in große Schwierigkeiten. Es waren aber auch die staatlichen Beamten total überfordert. Daher drangen sie darauf, diese Zentralisierung wieder zurückzunehmen. Wegen der enormen Kosten und der Überlastung der Behörden, erwiesen sich diese Edikte als undurchführbar. Die Reformen brachten auf gewissen Gebieten Fortschritte: In der Beseitigung bisheriger Missstände, in der Abschaffung von Patrizier- und Zunft herrschaft in den Städten, in der Vereinheitlichung der unterschiedlichsten Stadt- und Marktverfassungen und in der Vorgabe von Grundsätzen, nach denen Landgemeinden gebildet werden konnten.

Gleichberechtigung der Konfessionen - Rechtsgleichheit der Bürger

Die Haltung des bayerischen Königshauses gegenüber den christlichen Religionen war für lange Zeit beispielhaft tolerant. Montgelas hatte sich bereits vor 1800 für Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung der Konfessionen ausgesprochen. Die Toleranzedikte vom 26.8.1801 und vom 10.1.1803 erbrachten die Gleichstellung der evangelischen Religion mit der katholischen.

Die rechtliche und religiöse Gleichstellung der jüdischen Mitbürger verbesserte sich nur in kleinen Schritten.

Ein wesentliches Verdienst der Reformen von Montgelas lag in der Rechtsgleichheit aller Bürger. Jeder Steuerzahler, auch wenn er keinen Grund und Boden besaß, hatte nunmehr das Bürgerrecht. Es gab keine Privilegien mehr.

Durch die langwierige Neuordnung und Klassifizierung der Städte und Gemeinden nach ihrer Größe und wirtschaftlicher Bedeutung schuf Montgelas eine neue staatliche Raumordnung. Sie währte zum Teil bis in unsere Tage.

Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels

In der Sitzung der Geheimen Staatskonferenz vom 8.7.1807 schlug Montgelas die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels vor. Die Zustimmung des Königs erfolgte unmittelbar, sodass die Verordnung bereits tags darauf erfolgen konnte. (siehe Gem. Bl. 2006/6)

Grundherren - Bauern

In der Sitzung der Geheimen Staatskonferenz vom 16.7.1808 wurden die Rechte der Grundherren beraten. Der Staat war infolge der Säkularisation im altbayerischen Kernland Grundherr über ca. 65% aller bäuerlichen Anwesen geworden. Er bot den ehemaligen Abhängigen der Grundherren an, das nunmehr staatliche Eigentum gegen eine einmalige Zahlung von 600 Gulden abzulösen und zu erwerben. Ein Vorgang, der auch nach 1808 nur sehr schleppend in Gang kam. So waren noch 1825 nur rund 15% aller bäuerlichen Betriebe frei von fremdem Obereigentum. Montgelas setzte sich sogar für die Rechte der noch verbliebenen Grundherren ein. Er trennte staatliche Hoheitsrechte und grundherrliche Rechte. Damit war den Grundherren Rechtssicherheit gegeben.

Landvermessung - Grundsteuer

Für die Bemessung einer für jedermann gleichen Grundsteuer war eine landesweit exakte Vermessung aller Flurstücke notwendig.

Ab 1808 wurde nach franz. Vorbild mit Vermessungen angefangen. Dieser erste Vermessungsvorgang und die Eintragung in Katasterbüchern zogen sich bis 1828 hin. (das erste Katasterbuch der Gem. Aying, Ortsteil Helfendorf stammt von ca. 1810)

Weitere Reformen

Aus Raumgründen können sie nur noch stichpunktartig erwähnt werden. Genauere Ausführungen würden den Rahmen dieser Darstellung sprengen.

Die Justiz betreffend

Am 4.7.1806: Reskript über die Abschaffung der Folter

Am 24.7.1808: Edikt über die Gerichtsverfassung

Am 1.10.1813: Einführung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung

Die Wirtschaft betreffend

Am 1.10.1807: Neue Zoll- und Mautordnung, Abschaffung der Binnenzölle

Am 8.10.1811: Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für Gewerbetreibende

Das Militär betreffend

Am 7.1.1805: Reglement über die Aushebung von Rekruten - allgemeine Wehrpflicht

Das Sozial- und Medizinalwesen betreffend

Am 26.8.1807: Verordnung über die gesetzliche Pockenschutzimpfung

(Die Impflisten in den Pfarrarchiven von Aying und Helfendorf

zeigen,

dass die Organisation und Listenführung dem Klerus anheim gestellt wurde)

Am 22.2.1808: Verordnung über die einheitliche Organisation der Armenfürsorge – Ar-

menpflege als staatliche Aufgabe

Am 8.9.1808: Edikt über die Neuordnung des Medizinalwesens - staatliche Aufsicht über das Gesundheitswesen

Betrachtet man die Fülle der Verordnungen und Gesetze, ihre schnelle Folge, so nimmt es nicht Wunder, dass vieles zunächst auf dem Papier stand, die Durchführung jedoch oft erst nach Jahren möglich wurde. Als Beispiel für die Langatmigkeit der Verwirklichung eines Ediktes aus dem Jahre 1808. Das Edikt über die Rechte der Grundherren und der Rechtssicherheit der Grundholden. Die Grundherrschaft konnte nur äußerst langsam abgelöst werden. Erst 1848 war sie endgültig aufgehoben.

Trotz der nur sehr langsamen Durchsetzung der Reformen kann man von einem Umbruch sprechen. Bis zur Absetzung von Montgelas 1817 war stets seine Hand zu spüren, sodass man ihn mit Recht den „Architekten des neuen Bayern“ nennen darf. Man darf aber nicht den Fehler begehen, ihn nur als willenloses Werkzeug von Napoleons Gnaden sehen. Er war von außerordentlicher Intelligenz, ein rationaler und zugleich leidenschaftlicher Politiker, er war ein Phänomen. Seine enorme Arbeitskraft, seine Gewandtheit, seine abwägende und überlegte Taktik fordern unsere Bewunderung heraus. Montgelas war gegenüber seinen Untergebenen stets großzügig und menschlich. Bei seinem Abgang räumte er zwar Fehler ein, er war sich aber über den Wert seiner Arbeit für die Zukunft Bayerns voll und ganz bewusst. Historisch war die gesamte Montgelas-Epoche eingebettet in die Wirren und Kriege der napoleonischen Zeit mit ihren vielen politischen Umwälzungen. Territoriale Umbrüche begleiteten das politische Geschehen. Das außenpolitische Können des Ministers Montgelas war für das Königreich Bayern ein Glücksfall.
Maximilian Köchl

Quellen und Literatur

1. Der große Duden, Fremdwörterbuch, Mannheim 1941
2. Die bayerischen Mittel- und Unterbehörden, Verlag für Heimat und Familienforschung, 1998
3. Haus der Bayerischen Geschichte: Bauern in Bayern, Katalog zur Ausstellung 1992
4. Hartmann Peter Claus: Bayerns Weg in die Gegenwart, Pustet 1989
5. Katalog: Bayerns Krone 1806, Hirmer 2006
6. Köchl Maximilian: Gem. Bl. 2002/2 u. 2002/4
Gem. Bl. 2006/4 u. 2006/6
7. Weis Eberhard: Montgelas- Bd. 2, Beck 2005